

die Abschaffung bisheriger Regelungen von Steuervergünstigungen für ausländische Unternehmen bei gleichzeitiger Einführung neuer Voraussetzungen für die Nutzung reduzierter Steuersätze zur neuen Leitlinie der chinesischen Industriepolitik, nach der bei ausländischen Investitionen nun weniger auf Quantität als auf Qualität geachtet wird und versucht werden soll, Investitionen in bestimmte Bereiche wie Hochtechnologien, Umweltschutz oder erneuerbare Energien zu lenken. (BBC EF, 15.11.2007; *Stücken*, ZChinR, 3/2007:290-294; *Münzel*, ZChinR, 3/2007:295-306) (Mark Fehr)

## **SVR Hongkong**

Heike Holbig und Günter Schucher

### **„Ein neuer Geist“ – Dritte Regierungserklärung Donald Tsangs**

Am 10. Oktober gab Donald Tsang seine dritte Regierungserklärung in Folge seit seinem Antritt als Nachfolger Tung Chee-hwas im Jahr 2005 ab. Seit seiner Wiederwahl zum Chief Executive im Juli d.J. handelte es sich allerdings um die erste Regierungserklärung in seiner neuen Amtszeit, was offenbar den Anspruch an eine „richtungsweisende“ Rede erhöhte. So stand die knapp zweistündige Ansprache diesmal unter dem Titel „A New Direction for Hong Kong“. Mit einer bewussten Betonung auf Maßnahmen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums appellierte Donald Tsang an die Hongkonger Bevölke-

rung, einen „neuen Geist“ zu kultivieren, um eine neue „goldene Zeit“ zu verwirklichen. Um die zuletzt positive wirtschaftliche Entwicklung zu konsolidieren und nachhaltig zu gestalten, gelte es, die überkommene „Insel-Mentalität“ aufzugeben und stattdessen die Rolle Hongkongs im nationalen Gesamtzusammenhang der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas zu denken. Nur so könne es der SVR gelingen, sich im globalen Wettbewerb adäquat zu positionieren.

Als eine wichtige wirtschaftspolitische Maßnahme kündigte er eine jeweils einprozentige Senkung der Lohn- und Unternehmenssteuer auf 15 bzw. 16,5% sowie eine einmalige Aussetzung der Grundsteuer für ein Quartal an – das Steuergeschenk koste den Fiskus insgesamt rund 7,6 Mrd. HKD. Je nach konjunktureller Entwicklung könne im nächsten Jahr über weitere Steuer-senkungen nachgedacht werden.

Längerfristig wirksam soll ein Infrastrukturprogramm im Gesamtwert von rund 250 Mrd. HKD sein, durch das in den kommenden Jahren zehn große Infrastrukturprojekte gefördert werden sollen. Darunter sind vier grenzüberschreitende Projekte, die zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Festland beitragen sollen, wie eine 29 km lange Brücke nach Macau und Zhuhai oder eine Hochgeschwindigkeitsbahn nach Shenzhen und Guangzhou. Von den Investitionen in diese Projekte erhofft sich die Hongkonger Regierung die Schaffung von 250.000 neuen Arbeitsplätzen, vor allem in der Bauindustrie, sowie einen jährlichen Mehrwert in Höhe von rund 7% des Bruttonutzenprodukts.

Andere wirtschaftliche Maßnahmen sind die geplante Einführung eines Gesetzes zur Lebensmittelsicherheit, die Erweiterung von Messe- und Ausstellungsflächen sowie die Planung einer Börse für den Handel mit Wertpapieren muslimischer Unternehmen, die dem islamischen Zinsverbot Rechnung tragen, ein Bereich, in dem zuletzt Singapur Erfolge verzeichnet hatte.

Hongkonger Geschäftskreise begrüßten die angekündigten Maßnahmen, die geeignet seien, Hongkong wieder zurück auf die Weltbühne zu bringen. Der Hang-Seng-Index verzeichnete nach der Verlesung der Regierungserklärung einen neuen Rekordstand.

Kritischer wurden die Ausführungen Tsangs zur Sozial- und Bildungspolitik bewertet, die unter anderem Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, die Ankündigung neuer Mindestlohnregelungen, die Ausgabe von medizinischen Versorgungsgutscheinen für ältere Menschen, die Einführung einer zwölf- statt bisher neunjährigen kostenfreien Schulbildung und die Reduzierung der Klassengrößen an Hongkonger Schulen umfassen. Wie Vertreter des demokratischen Lagers beklagten, richte sich die Mehrzahl der genannten Maßnahmen an die wohlhabende Mittelklasse und vergrößere so die Einkommensschere zwischen Ober- und Unterschichten. Unzureichend seien auch die Maßnahmen zum Umweltschutz, insbesondere zur Luftreinhaltung – ein in den letzten Jahren zunehmend gravierenderes Problem.

Sehr vage fasste Donald Tsang schließlich seine Ausführungen zum Thema Wahlrechtsreform und Demokratisierung. Hier beließ er es bei der Feststellung, dass die

Einführung direkter Konkurrenzahlen eine komplexe Materie sei, die die Interessen vieler Akteure betreffe und deshalb einer gründlichen Abwägung bedürfe. Nach dem Ende der Konsultationen zum „Grünbuch zur Wahlrechtsreform“ (C.a., 4/2007:156-168) wolle man in Bälde einen umfassenden Bericht verfassen und diesen der chinesischen Zentralregierung in Beijing vorlegen. Persönlich wolle er alles in seine Macht Stehende tun, um in der Frage der Wahlrechtsreform einen tragfähigen Konsens zu finden und sicherzustellen, dass die chinesische Führung einer möglichst frühzeitigen Umsetzung der Reformen Vertrauen und Verständnis entgegenbringe. (SCMP, 11., 22.10.07; WSJ, 11.10.07; ST, 12.10.07; Regierungserklärung im vollen englischen Wortlaut: <http://www.policyaddress.gov.hk/07-08/eng/policy.html>, 4.12.07) (Heike Holbig)

### **Anson Chan gewinnt LegCo-Nachwahl**

In der Nachwahl für einen Sitz des Legislative Council (LegCo), der durch den Tod des DAB-Vertreters Ma Lik frei geworden war (C.a., 5/2007:183-185), setzte sich Anfang Dezember Anson Chan Fang On-sang gegen ihre Herausforderin Regina Ip Lau Suk-yea durch. Seit September hatten sich die beiden politischen Schwergewichte zahlreiche rhetorische Gefechte geliefert, in deren Mittelpunkt die Frage nach einer weiteren Demokratisierung des politischen Systems stand. Während Anson Chan als Spitzenkandidatin des demokratischen Parteienlagers für eine Einführung direkter Konkurrenzahlen zum Chief Ex-

ecutive bereits im Jahr 2012 eintritt, empfahl Regina Ip als Spitzenkandidatin des Beijing-freundlichen Lagers nicht nur ein späteres Datum, sondern auch eine Vorauswahl geeigneter Kandidaten durch ein Nominierungskomitee. Indirekt würde dies der chinesischen Zentralregierung ermöglichen, gegen unliebsame Kandidaten ein Veto einzulegen.

Anson Chan erhielt 54,6%, Regina Ip 42,7% der insgesamt 321.000 abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag mit 52% relativ hoch, allerdings niedriger als bei der letzten LegCo-Wahl im Jahr 2004, als vor dem Hintergrund erhitzter Debatten über Hongkongs politische Zukunft und eine neue Sicherheitsgesetzgebung knapp 56% der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben hatten. Generell steigen die Chancen demokratischer Kandidaten in der SVR mit der Höhe der Wahlbeteiligung.

Anson Chan bezeichnete ihren Sieg als einen Ruf nach größerer politischer Freiheit in Hongkong. Der Wahlausgang zeige, dass der Hongkonger Bevölkerung durchaus an der weiteren Demokratisierung der SVR gelegen sei. Sie kündigte an, den nach Abschluss der Konsultationsphase zu dem im Juli 2007 vorgelegten „Grünbuch zur Wahlrechtsreform“ (C.a., 4/2007:156-168) in Bälde zu erwartenden Regierungsbericht streng zu prüfen. Im LegCo wolle sie eine offene und kritische Auseinandersetzung über die weitere Demokratisierung Hongkongs führen. Auch wolle sie den Dialog mit der chinesischen Zentralregierung und der Hongkonger Regierung unter Donald Tsang intensivieren.

Zugleich wurden aus dem demokrati-

schen Lager Befürchtungen laut, der Wahlsieg Anson Chans könne die parteistaatliche Führung in Beijing zu einer härteren Gangart gegenüber Hongkong veranlassen, die die Durchsetzung direkter Konkurrenzahlen im Jahr 2012 eher noch erschweren könnte. Tatsächlich erscheint es angesichts des zuletzt expliziten Widerstands Beijings gegen das frühe Datum 2012 als wenig realistisch, dass das demokratische Lager diese Forderung wird durchsetzen können.

Die mit einer Differenz von rund 12% auf den zweiten Platz abgeschlagene Regina Ip bezeichnete sich selbst nichtsdestotrotz als eigentliche Wahlsiegerin, weil Anson Chan das von den Demokraten im Vorfeld der Wahl verbuchte Ziel von mindestens 60% der Stimmen verfehlt hatte. Angesichts des prominenten Hintergrunds von Anson Chan als früherer Chief Secretary of Administration hätte diese sogar mit 70% der Stimmen rechnen müssen, so Frau Ip. Dass Anson Chan nunmehr nur knapp 55% der Stimmen erhalten habe, belege das sinkende Mobilisierungspotenzial des demokratischen Parteienlagers unter Hongkonger Wählern, die sich von dessen unrealistischen politischen Forderungen immer weniger blenden ließen.

Tatsächlich sorgen sich die demokratischen Parteien – auch nach dem bei den Distriktwahlen Mitte November erlittenen Fiasko (s. die folgende Dokumentation) – um ihre zukünftigen Wahlchancen, insbesondere bei den für das Jahr 2008 anstehenden nächsten regulären LegCo-Wahlen. Während demokratische Parteienvertreter und Beijing-kritische unabhängige Abgeordnete dort bislang 25 der insgesamt 60

Sitze auf sich vereinen und damit eine effektive Vetomacht besitzen, könnten sie diese Position bei einem weiteren Rückgang der Popularität Beijing-kritischer Kandidaten im nächsten LegCo verlieren. (SCMP, 6., 8., 12., 13., 24., 25., 26., 28., 29., 30.11., 3., 4., 5.12.07; ST, 4.12.07; IHT, 4.12.07; WSJ, 4.12.07) (Heike Holbig)

### **Schwere Wahlniederlage der Demokraten in Distriktwahlen**

Anders als in der Nachwahl zum LegCo, wo sich die demokratische Spitzenkandidatin Anson Chan erfolgreich durchsetzen konnte (s. vorangehende Dokumentation), erlitt das demokratische Parteienlager bei den Distriktwahlen am 18. November eine unerwartet schwere Niederlage. Der erdrutschartige Rückgang in der Zahl demokratischer Distrikträte wurde als umso dramatischer empfunden, als die einzelnen prodemokratischen Parteien sich im Vorfeld bemüht hatten, durch gezielte Absprachen untereinander die Konkurrenz im eigenen Lager möglichst zu reduzieren. Auch lag die Wahlbeteiligung mit knapp 39% keineswegs niedriger als erhofft, was generell für eine verbesserte Chance demokratischer Kandidaten hätte sprechen müssen.

Insgesamt standen in den 18 Hongkonger Distrikten 405 Sitze zur Wahl, von denen allerdings 41 ohne Gegenkandidaten bestätigt wurden. Für die verbleibenden 364 Sitze hatten sich 866 Kandidaten – eine historische Rekordzahl – beworben.

Die Demokratische Partei, die bei den letzten Distriktwahlen im Jahr 2003 95 Sitze gewonnen und damit 79% ihrer Kandidaten durchgebracht hatte, rutschte nun

auf 59 Sitze bzw. 55% der 108 angetretenen Kandidaten ab. Von den 59 erfolgreichen Kandidaten waren 14 erstmalig angetreten, während 45 ihren Sitz bereits zuvor innegehabt hatten. Nicht wiedergewählt wurden 23 bisherige demokratische Distrikträte. Lee Wing-tat, der den Wahlkampf der DP geleitet hatte, trat nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse zurück. Ein weiteres Rücktrittsgesuch von Albert Ho, dem Vorsitzenden der DP, wurde von der Partei abgelehnt.

Die Association for Democracy and People's Livelihood (ADPL) verlor acht ihrer bisherigen Sitze und konnte nur 17 ihrer 37 Kandidaten durchbringen. Der Vorsitzende der ADPL, Frederick Fung, gab daraufhin ebenfalls seinen Rücktritt bekannt. Enttäuscht zeigten sich auch die Civic Party und die League of Social Democrats, die nur acht bzw. sechs Sitze gewannen. Insgesamt konnten sich nur 108 der 295 Kandidaten des prodemokratischen Lagers durchsetzen – eine Erfolgsquote von nur 37%.

Eindeutiger Wahlsieger war hingegen die Beijing-freundliche Democratic Alliance for the Betterment and Progress of Hong Kong (DAB). Von ihren 177 Kandidaten konnten sich 115 bzw. 65% erfolgreich gegen ihre Konkurrenten durchsetzen. Von den bislang von DAB-Vertretern besetzten Sitzen wurden über 90% bestätigt. Gegenüber den letzten Distriktwahlen im Jahr 2003, als die DAB nur 62 Sitze erhalten hatte, konnte die Partei ihren Anteil fast verdoppeln. Damit hob sich die DAB auch positiv von der ebenfalls Beijing-freundlichen Liberal Party ab, die mit 14 Sitzen nur 25% ihrer Kandidaten durchsetzen konnte.

Demokratische Vertreter gestanden die hohe Überlegenheit der DAB unumwunden ein, die sie vor allem auf die größeren personellen Ressourcen der DAB auf der Distriktebene zurückführten. Anders als die DP verfüge die DAB hier über zahlreiche Mitarbeiter, die für die Bevölkerung die verschiedensten alltäglichen Dienstleistungen bereitstellten. Über weitverzweigte Netzwerke in Verbände, Gewerkschaften und andere intermediäre Organisationen hinein stünde die DAB in direktem Kontakt zu vielen Hongkonger Bürgern, die sie für ihre parteipolitischen Ziele zu nutzen wisse.

Die hier genannten organisatorischen Erfolgsfaktoren der DAB sind zweifelsfrei von Bedeutung, doch erklären sie den starken Rückgang des Anteils demokratischer Kandidaten seit dem Jahr 2003 nicht ausreichend. Als weitere Faktoren zu nennen sind der gestiegene Anteil wahlberechtigter Migrant\*innen vom chinesischen Festland, von denen grundsätzlich ein Beijing-loyales Abstimmungsverhalten zu erwarten ist, der jüngste wirtschaftliche Aufschwung und der Rückgang der Arbeitslosenrate auf nurmehr 3,9%, der dem demokratischen Parteienlager sicherlich einigen Wind aus den Segeln genommen hat. Ein grundlegendes Problem insbesondere für die DP dürfte aber vor allem sein, dass sie zunehmend als „single-issue“-Partei wahrgenommen wird, die auf ihre Fahnen einzig das Ziel einer zügigen Demokratisierung des politischen Systems der SVR geschrieben hat, sonst aber kaum Bezüge zum Lebensalltag der Hongkonger Bevölkerung hergestellt hat. (SCMP, 19., 20., 21., 22., 24., 26.11.07; ST, 20.11.07; im

Detail sind die Wahlergebnisse zu finden unter <http://www.info.gov.hk/gia/general/200711/19/P200711190064.htm>, 3.12.07) (Heike Holbig)

### Regierung für saubere Luft

Seit Langem schon gibt es deutliche Kritik an der Hongkonger Regierung, die Umweltverschmutzung in der Stadt durch Verkehr auf das Nachbarland gering zu reden (C.a., 3/2007:135). Am 17. Oktober sprach Regierungschef Donald Tsang bei einem Business Lunch verstärkte Anstrengungen seiner Regierung zur Reinhaltung und Begrünung der Stadt. Schlechte Luftqualität, so Tsang, werde langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt beeinträchtigen. Daher werde „eine sauberere und grünere Stadt“ zu den Prioritäten der Regierung gehören. Sie werde ein Gesetz zur zwingenden Nutzung eines Dieselmotortreibstoffes mit extrem niedrigem Schwefelgehalt für alle kommerziellen und industriellen Prozesse einbringen, ein neues Abkommen mit den lokalen Kraftwerksgesellschaften verhandeln, das die Einnahmeraten an die Emissionsreduktion binde, eine Mrd. HKD in den Environmental and Conservation Funds zahlen und damit das Umweltbewusstsein steigern helfen, Begrünungspläne für Hong Kong Island und Kowloon voranbringen sowie das Problem der Umweltverschmutzung im Perlflossdelta (PFD) angehen. Über 60.000 Produktionsprozesse im PFD seien mit Hongkonger Firmen verbunden. Ihnen wolle die Regierung helfen, auf saubere Technologien und Prozesse umzusteigen.

Die Verwirklichung dieser angekündigten Maßnahmen wäre bitter nötig, um

die Umweltsituation sichtbar zu verbessern. Für den 6. bis 8. Oktober jedenfalls wurden wieder einmal so hohe Werte der Luftverschmutzung gemeldet, dass die Hongkonger Hochhäuser im Smog verschwanden – und dies, obwohl durch den Nationalfeiertag bedingt viele Fabriken im nahen PFD für eine Woche geschlossen hatten. Für den 6. bis 7. Oktober lag der Air Pollution Index (API) bei 144, am 8. Oktober bei 113; die kritische Marke liegt bei 100.

Der API misst die Menge von vier Treibhausgasen am Tag auf der Basis möglicher schädlicher Gesundheitseffekte. Es gibt ihn seit dem Jahr 1995 regulär einmal als „Allgemeinen API“ und dann spezieller als „Roadside API“. Die Grenzwerte sind angegeben als 0-25 = Low, 25-50 = Medium, 50-100 = High, 101-200 = Very High und 201-500 = Severe. Ab 100 gilt für den allgemeinen Wert, dass Personen mit bestehenden Herz- oder Atemwegserkrankungen angewiesen werden, auf physische Verausgabung und Aktivitäten im Freien zu verzichten (genauere Angaben liefert die Clean the Air Initiative: [www.cleantheair.org.hk](http://www.cleantheair.org.hk)). Die Werte misst das Environmental Protection Department ([www.epd-asg.gov.hk](http://www.epd-asg.gov.hk)). Für Oktober z.B. registrierte sie (in Stunden gemessen) bei den allgemeinen Stationen 0,46% sehr hohe Werte, 71,88% hohe Werte, 22,07% mittlere Werte und nur 5,61% niedrige Werte. Im dritten Quartal lagen die Messungen unter diesen relativ hohen Werten: 0,15% sehr hoch, 18,98% hoch, 40,88% mittel, 39,98% niedrig. Die Straßenmessungen sind natürlich höher. So ergaben sie für Oktober: 13,8% sehr hoch, 78,76% hoch, 7,44% mittel; und für das dritte Quartal: 4,12% sehr hoch, 43,77

hoch, 51,11% mittel. (XNA, 17.10.07; ST, 9.10.07) (Günter Schucher)

## Niedrige Arbeitslosigkeit

Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate war im dritten Quartal 2007 mit 4,1% die niedrigste seit neun Jahren, wie das Zensus- und Statistikamt am 16. Oktober bekannt gab. Gegenüber dem zweiten Quartal war sie noch um 0,1 Prozentpunkt gefallen, ebenso die Rate der Unterbeschäftigung von 2,3% auf 2,2%. Die Arbeitslosigkeit nahm besonders in den Bereichen Innenausstattung und Instandhaltung, Immobilien, Großhandel und Restaurants ab, die Unterbeschäftigung vornehmlich im Baugewerbe, im Großhandel und im Hotelsektor. Die Gesamtbeschäftigung fiel dabei um rund 1.200 Personen von 3.503.400 Beschäftigten im zweiten auf 3.502.200 im dritten Quartal. Zugleich nahm die Zahl der Erwerbspersonen von 3.669.700 auf 3.658.300 ab. Die Zahl der Arbeitslosen betrug 156.100 gegenüber 166.400 im zweiten Quartal, ein Minus von rund 10.300; die Zahl der Unterbeschäftigten fiel von 83.800 auf 80.500. Den Rückgang der Erwerbspersonen erklärte das Amt mit dem Beginn des neuen akademischen Jahres, wenn die Sommerarbeitskräfte an die Schulen zurückkehren. Für die Monate August bis Oktober zeigen die vorläufigen Daten des Amtes einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit (s. Tabelle). (XNA, 16.10.07) (Günter Schucher)

Table 1 Statistics on Labour Force, Unemployment and Underemployment

Period	Labour force		Unem- ployed (*000)	Unem- ployment rate (sea- sonally adjusted) (%)	Unem- ployment rate (not seasonal- ly adjusted) (%)	Under- employed (*000)	Under- employ- ment rate (%)
	No. (*000)	Percentage change over the same period in preceding year (%)					
2004	3,515.9	1.3	239.4	N.A.	6.8	114.1	3.2
2005	3,538.1	0.6	197.3	N.A.	5.6	96.3	2.7
2006	3,581.4	1.2	171.2	N.A.	4.8	86.2	2.4
1/2007 – 3/2007	3,611.9	1.7	152.5	4.3	4.2	80.6	2.2
4/2007 – 6/2007	3,640.7	2.7	155.7	4.2	4.3	81.2	2.2
7/2007 – 9/2007	3,658.4	1.3	156.3	4.1	4.3	80.5	2.2
8/2007 – 10/2007 (preliminary)	3,638.5	0.8	143.6	3.9	3.9	82.2	2.3

Source: General Household Survey Section (2), Census and Statistics Department, [http://www.censtatd.gov.hk/hong\\_kong\\_statistics/statistical\\_tables/index.jsp?tableID=006](http://www.censtatd.gov.hk/hong_kong_statistics/statistical_tables/index.jsp?tableID=006).

### Streit um Institut für Lehrerbildung nimmt kein Ende

Der Streit um die Zukunft des Hong Kong Institute of Education ist immer noch nicht zu Ende. Nachdem Bildungsminister Arthur Li den Präsidenten des HKIED zwingen wollte, das Institut mit der Chinese University zu verschmelzen, war der Streit eskaliert – u.a. durch die versuchte Entlassung von Lehrkräften durch die frühere ständige Sekretärin des Bildungsministers Fanny Law – und hatte schließlich zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses geführt (vgl. C.a., 2/2007:150ff, und 3/2007:135f.). Die Regierung hat nun die verschiedenen Aspekte des Untersuchungs-

berichts infrage gestellt und das Oberste Gericht angerufen. Sollte sie mit ihrem Widerspruch erfolgreich sein, befürchten die inzwischen aufgelöste Kommission und andere interessierte Parteien, die Kosten tragen zu müssen. Die Kommission hatte die Vorwürfe gegen Fanny Law z.T. bestätigt. Die Regierung widerspricht vor allem der Aussage, dass deren Vorgehen ein Eingriff in die akademische Freiheit gewesen sei. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses Vorgangs hat das Gericht auch den Widerspruch zugelassen. Da die Kommission aber aufgelöst ist, gibt es niemanden, der sich als Gegner der Regierung juristisch vertreten lassen kann. (SCMP, 27.10.07) (Günter Schucher)

## Bildung und Wettbewerbsfähigkeit

Die Qualität des Bildungsbereichs wird von der Hongkonger Regierung als wesentlich zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt angesehen, sowohl was die Ausbildung der eigenen Jugend als auch was die Attraktivität für ausländische Experten betrifft.

- Seit einiger Zeit beklagen die ausländischen Handelskammern einen Mangel an Bildungsplätzen für die Kinder ihrer Klienten. In seiner jährlichen Regierungserklärung versprach Regierungschef Donald Tsang, die Quoten für ausländische Studenten an Hongkonger Hochschulen auszuweiten. Bildungsminister Michael Suen erklärte, dass in den letzten Jahren bereits neun internationalen Schulen die Erlaubnis zur Ausweitung gegeben wurde (bei 19 Anträgen). Insgesamt gebe es in Hongkong 56 internationale Schulen mit rund 37.000 Plätzen. Untersuchungen zeigen aber, dass noch über 300 Schüler auf Plätze warten, was die ausländischen Geschäftsleute als kritisch ansehen. Ausweichmöglichkeiten bestehen in Guangzhou in Südchina, zwei Zugstunden entfernt.
- Ab dem Schuljahr 2008-09 will die Regierung die neu strukturierte 12-jährige Schulausbildung kostenfrei anbieten und die Schüler voll subventionieren. Die ersten neun Schuljahre sind bereits jetzt ohne Gebühr. Wer seine Ausbildung noch nach dem alten 13-jährigen System vollendet, soll ebenfalls von Gebühren freigestellt werden.

- In der Regierungserklärung wurde die schrittweise Einführung kleinerer Klassen in der Primarstufe zum September 2009 angekündigt, woraufhin der Bildungsminister von den Abgeordneten bedrängt wurde, dies auch für die Sekundarstufe einzuführen. Bereits die Schaffung von Klassen mit 25 Schülern in „geeigneten“ Schulen wird den Steuerzahler rund eine Mrd. HKD kosten, um 3.000 zusätzliche Lehrer anzustellen und 40 neue Schulen zu bauen; für die Sekundarstufe ergäbe sich laut Michael Suen ein zusätzlicher Bedarf von sieben Mrd. HKD.
- Auch der Sprachunterricht ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen, da globale Wettbewerbsfähigkeit und ausreichende Befähigung zu Geschäften auf dem Festland einerseits vom Bildungsministerium mit dem flüssigen Beherrschen des Englischen und des Mandarin (*putonghua*) verbunden wird, andererseits aber auch von Bildungsexperten befürchtet wird, dass dann der lokale Dialekt des Kantonesischen verloren geht. Einerseits verbessern sich die Lernmöglichkeiten für Chinesisch an Schulen und Hochschulen, da mehr Kinder vom Festland dort lernen, andererseits wird beklagt, dass es im täglichen Leben wenig Möglichkeiten gibt, Englisch oder Chinesisch zu sprechen. So wird auch die Herausbildung einer Hongkonger Variante des Englischen beobachtet (Hong Kong English, HKE). Auf jeden Fall ist die Regierung aufgefordert, mehr für einen qualitativ hochwertigen Sprachunterricht zu tun.

(ST, 18.10., 14.11.07; XNA, 10.10.07;



SCMP, 22.10., 5.11.07) (Günter Schucher)

## **SVR Macau**

Liu Jen-Kai

### **Achte Regierungserklärung Edmund Hos**

Am 13. November hielt Regierungschef Edmund Ho seine Regierungserklärung für das Haushaltsjahr 2008 vor der Legislativversammlung (der volle Wortlaut der Regierungserklärung in Chinesisch und Portugiesisch findet sich unter [http://www2.gcs.gov.mo/policy2008/download/cn2008\\_policy.pdf](http://www2.gcs.gov.mo/policy2008/download/cn2008_policy.pdf) bzw. [http://www2.gcs.gov.mo/policy2008/download/pt2008\\_policy.pdf](http://www2.gcs.gov.mo/policy2008/download/pt2008_policy.pdf)). Es war seine achte und eine sehr wichtige angesichts des zunehmenden Unmuts der Bevölkerung über die Arbeit der Regierung. Edmund Hos zweite Amtszeit läuft im August 2009 aus.

Der Regierungschef kündigte als Teil eines Pakets zur Linderung der „sich beschleunigenden sozialen Probleme“ (SCMP, 14.11.07) eine nicht verbindliche Unterstützungskasse an, den „non-mandatory central provident fund“. Dadurch soll die Lebensqualität der Pensionäre verbessert werden. Die Hongkonger Regierung hat im Jahr 2000 ein solches System – allerdings auf verbindlicher Basis – eingeführt, den Mandatory Provident Fund. Macaus Arbeitgeber sind nicht verpflichtet, für ihre Angestellten in den Fonds einzuzahlen. Die Regierung wird einen Teil ihres Überschusses als Startkapital für den Fonds verwenden und ihn von Zeit zu Zeit aufstocken. „The government will decide whether to

inject extra funding into the scheme, depending on the fiscal situation at the time“ (ebd.). Macaus Bürger können durch eigene Konten bei der Unterstützungskasse die Beiträge der Regierung aufstocken und im Ruhestand Geld abheben. Viele Fragen bleiben bei diesem Fonds offen. Wie werden die sukzessiven Beiträge der Regierung berechnet? Was passiert bei Haushaltskrisen? Und wie balanciert die Regierung die öffentlichen Interessen aus? Wollen die Macauer finanzielle Zurückhaltung, sodass mehr Gelder in den Fonds fließen, oder soll die Regierung die Gelder in unmittelbare Unterstützungsleistungen fließen lassen?

In seiner Erklärung versprach Edmund Ho weiterhin Steuererleichterungen von insgesamt 1,1 Mrd. MOP (ca. 137 Mio. USD). Beschäftigte dürfen sich weiterhin einer Einkommenssteuervergünstigung von 25% erfreuen, der persönliche Freibetrag wird von 95.000 auf 120.000 MOP angehoben, und auch eine Erhöhung der Alterszulage ist geplant. „Tax cuts alone will not be enough to relieve poverty at the grass-roots level“, meint der politische Kommentator Larry So (SCMP, 12.11.07). Es müsse dringendst ein gesundes Wohlfahrtssystem errichtet werden. Zur Linderung der angespannten Wohnungslage sollen bis zum Jahr 2012 19.000 Appartements im öffentlichen Wohnungsbau entstehen. Verwaltungsbeamte sollen im Jahr 2008 eine pauschale Gehaltserhöhung von 8% bekommen.

Angesichts der Kritik der Bevölkerung an der Korruption in der Regierung kündigte Edmund Ho die Erweiterung der Befugnisse der Commission Against Corruption (CCAC) zwecks Forcierung der Bekämpfung